



HESSISCHER LANDTAG

31. 07. 2025

Kleine Anfrage

**Kaya Kinkel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Lara Klaes (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
und Torsten Leveringhaus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) vom 11.06.2025**

Zentralregistergericht

und

Antwort

Minister der Justiz und für den Rechtsstaat

Vorbemerkung Fragesteller:

Nach vorliegenden Informationen sollen zukünftig die Registergerichte in Hessen zentralisiert werden. Dieser Prozess bietet die Chance, die ländlichen Regionen gezielt zu stärken.

Diese Vorbemerkung der Fragesteller vorangestellt, beantworte ich die Kleine Anfrage wie folgt:

Frage 1 Was sind die Gründe für die Zentralisierung des Registergerichts an einem oder mehreren Standorten?

Der Ausgangspunkt des Projekts zur Zentralisierung von Registergerichten ist das Anliegen, Menschen und Arbeit zusammenzubringen, damit die Justiz attraktiver Arbeitgeber und leistungsstark für die Bürgerinnen und Bürger ist und bleibt.

Das Projekt zielt angesichts des Mangels an Fach- und Arbeitskräften in unserem Land, der auch die Justizberufe betrifft, darauf ab, den vorhandenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Justiz eine wohnortnahe Verwendung zu ermöglichen und die Personalgewinnung verbessern zu können. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass viele der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren und gehobenen Justizdienst einfache Pendelwege von mehr als einer Stunde in Kauf nehmen. Gleichzeitig mehren sich die Versetzungsanträge von Justizpersonal, das seine berufliche Tätigkeit aus dem Ballungsraum in ländliche Regionen verlagern will. Ziel des Projekts ist es daher, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren und gehobenen Dienst dauerhaft mit heimatnahen und guten Arbeitsbedingungen zu binden. Des Weiteren soll auf diesem Wege ein attraktives Angebot für die zukünftige Personalgewinnung geschaffen werden.

In diesem Zusammenhang ist daher auch der Justiz-Ausbildungsstandort Rotenburg/Fulda ein Parameter bei der Entscheidungsfindung. Dabei will es sich die Justiz zunutze machen, dass die fortschreitende Digitalisierung es in immer stärkerem Maße erlaubt, Tätigkeiten für ganz Hessen aus allen Teilen des Landes zu erbringen. Hierbei wurde überlegt, welche Tätigkeitsbereiche in Hessen sachgerecht zentralisiert werden könnten. Der Fokus liegt im ersten Schritt auf den Registerangelegenheiten.

Frage 2 Wovon ist abhängig, wie viele Registergerichtsstandorte es geben wird?

Frage 3 Wie wurde die Vorauswahl der möglichen Standorte festgelegt?

Frage 4 Nach welchen Parametern werden mögliche Standorte für ein neues Registergericht geprüft?

Frage 5 Welche Gewichtung haben die einzelnen Parameter?

Frage 6 Nach was werden die in Frage kommenden Räumlichkeiten bewertet?

Frage 7 Wird der neue Standort beziehungsweise werden die neuen Standorte im ländlichen Raum angesiedelt?

Die Fragen 2 bis 7 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Die Planungen zum Projekt befinden sich noch in einem frühen Stadium.

Den Ausgangspunkt der Planungen bildete nach einer Prüfung die Feststellung, dass der Schwerpunkt an Bewerbungen für die betroffenen Berufsbilder in Mittel-, Ost- und Nordhessen liegt. Die spätere Verteilung muss jedoch nach Bedarf auf sämtliche hessische Gerichte – mit dem Schwerpunkt Rhein-Main-Gebiet – erfolgen, so dass eine heimatnahe Verwendung – wie von den Nachwuchskräften vielfach gefordert – meist erst nach etlichen Jahren der Wartefrist umsetzbar ist. Dies führt dazu, dass zum einen die im Rahmen der Ausbildung eingestellten Anwärterinnen, Anwärter und Auszubildenden die Ausbildung vorzeitig beenden oder der Justiz nach erfolgreichem Abschluss, mangels Möglichkeit einer heimatnahen Verwendung, den Rücken kehren.

Auf dieser Grundlage erfolgt eine ganzheitliche Prüfung einer Zentralisierung der Registergerichte mit dem Ziel der Verlagerung in die Region Mittel-, Ost- beziehungsweise Nordhessen. Der wichtigste Parameter des Projekts ist die Bindung des vorhandenen Personals und eine Verbesserung bei der Nachwuchsgewinnung. Des Weiteren sind organisatorische Aspekte und die Realisierung in einer für die Zwecke der Justiz passenden Immobilie an einem für das Personal besonders geeigneten Standort eines Amtsgerichts weitere maßgebliche Parameter.

In einem ersten konkreten Schritt wurde der Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen (LBIH) daher mit einer Marktabfrage zwecks Ermittlung geeigneter Immobilien beauftragt. Gesucht wurde eine Mietfläche nördlich einer Linie einschließlich Limburg, Friedberg und Gelnhausen. Vorzugsweise sollte es sich um eine Immobilie am Standort eines Amtsgerichts handeln.

Frage 8 Bis wann wird eine Entscheidung über einen oder mehrere neue Standorte getroffen?

Frage 9 Wie lange wird es dauern, bis das Registergericht final an einen neuen Standort verlegt ist?

Die Fragen 8 und 9 werden wegen des Sachzusammenhangs zusammen beantwortet.

Der LBIH hat Ende März 2025 dem Hessischen Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat eine Matrix mit über 60 angebotenen Immobilien übermittelt.

Auf dieser Basis erfolgt mit den Kenntnissen zu den Verwendungswünschen des Personals derzeit eine Bewertung der einzelnen Objekte unter Berücksichtigung von Eignung, Wirtschaftlichkeit und des Standorts mit dem Ziel, sodann eine Vorauswahl von Immobilien an geeigneten Standorten für eine Besichtigung vorzunehmen.

Die in der Folgezeit anstehenden Besichtigungen dienen der vertieften Prüfung der Immobilien. In diesem Zusammenhang wird auch unter Berücksichtigung der vorhandenen umfassenden Kenntnisse zu den Immobilien dann eine Entscheidung dazu getroffen, ob die Zentralisierung an einem oder mehreren Standorten realisiert werden soll.

Wegen der umfangreichen Vorarbeiten in Form des Abschlusses eines Mietvertrags nebst Herrichtung der Immobilie für die Zwecke der Justiz einschließlich der technischen Voraussetzungen für die digitalen Geschäftsprozesse und der Umsetzung des Personals sowie der Umsetzung der rechtlichen und organisatorischen Aspekte wird eine Realisierung für die Zentralisierung ab dem Jahr 2028 angestrebt.

Frage 10 Welche Auswirkungen wird die Zentralisierung des Registergerichts auf den Justiz-Ausbildungsstandort Rotenburg haben?

Der Justiz-Ausbildungsstandort Rotenburg/Fulda gehört zu den wichtigen Parametern bei der Entscheidungsfindung im Hinblick auf die zu klärenden Standortfragen. Im Übrigen wird auf die Beantwortung zu den Fragen 2 bis 7 verwiesen.

Wiesbaden, 31. Juli 2025

Christian Heinz